



POSITIONS-
PAPIER

GRUNDGESETZ
für die Bundesrepublik Deutschland

EINFÜHRUNG EINER INTEGRATIONS- VEREINBARUNG FÜR GEFLÜCHTETE UND ZUGEWANDERTE

**KLARE ERWARTUNGEN,
ECHTE CHANCEN,
SPÜRBARE KONSEQUENZEN**

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Freie Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

IMPRESSUM

FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

fdp-fraktion@landtag.nrw.de
www.fdp.fraktion.nrw

Verantwortlich für den Inhalt:
Marcel Hafke
Parlamentarischer Geschäftsführer
0211 - 884 4430
marcel.hafke@landtag.nrw.de

Grafik und Layout:
Clara Gather
Mitarbeiterin für Grafikdesign
und Mediengestaltung
0211 - 884 44 81
clara.gather@landtag.nrw.de

Stand: 15.12.2025

Einführung einer Integrationsvereinbarung für Geflüchtete und Zugewanderte – klare Erwartungen, echte Chancen, spürbare Konsequenzen

Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Freiheit, der Vielfalt und der Chancen. Damit das so bleibt, braucht Freiheit Ordnung: einen Rechtsstaat, der seine Werte schützt, Regeln durchsetzt und Integration nicht dem Zufall überlässt. Wir stehen für eine Integrationspolitik, die unterstützt, aber auch fordert und konsequent ist. Wer zu uns kommt, soll schnell ankommen können, in Sprache, Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe. Wer dauerhaft bei uns leben will, muss bereit sein, Verantwortung zu übernehmen und die Grundwerte unseres Zusammenlebens zu respektieren.

Wir erleben, dass Integration in den allermeisten Fällen gelingt, wenn sie früh beginnt und verlässlich begleitet wird. Wir erleben aber auch das Gegenteil: bewusste Verweigerung, integrationshemmende Parallelstrukturen, Frauenverachtung, Antisemitismus und Extremismus. Das dürfen wir nicht relativieren und wir dürfen es nicht folgenlos lassen. Wer sich dauerhaft unserer Sprache, unseren Regeln und unserer freiheitlichen Ordnung entzieht, kann nicht erwarten, dass der Staat dauerhaft alle Türen offenhält.

Deshalb setzt sich die FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen für die Einführung einer verbindlichen Integrationsvereinbarung ein, nach dem Grundsatz: Chancen für alle, klare Pflichten für jeden, Konsequenzen bei Verweigerung.

Die Integrationsvereinbarung ist ein schriftliches, transparentes Instrument, das zu Beginn eines längerfristigen Aufenthalts abgeschlossen wird. Sie richtet sich insbesondere an Geflüchtete mit Bleibeperspektive sowie Zugewanderte aus Drittstaaten, die in Nordrhein-Westfalen langfristig leben möchten und eine Aufenthaltsverfestigung, einen Daueraufenthalt oder die Einbürgerung anstreben. Sie ist ausdrücklich kein Gesinnungstest. Maßstab sind objektiv nachprüfbare Pflichten wie Teilnahme, Mitwirkung und Regelbefolung. Sanktioniert werden nicht Meinungen, sondern beharrliche Pflichtverletzungen.

Die Vereinbarung schafft Klarheit über das, was der Staat anbietet, und das, was er erwartet. Sie macht Integration messbar, planbar und fair. Sie definiert Anforderungen und Voraussetzungen und sie beendet die Grauzone, in der Verweigerung oft folgenlos bleibt.

Die FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen fordert, dass die Integrationsvereinbarung folgende Verpflichtungen eindeutig und verständlich enthält:

- **Deutsch lernen – verbindlich und überprüfbar:**
Teilnahme an Sprachkursen mit klaren Zielmarken und Fristen.
- **Orientierung und Wertevermittlung – verpflichtend:**
Teilnahme an einem Orientierungskurs über Rechtsstaat, Grundrechte, Gleichberechtigung und gesellschaftliche Regeln des Zusammenlebens.
- **Null Toleranz bei Antisemitismus:**
Verpflichtung zur Ablehnung von Antisemitismus und zur Anerkennung des Existenzrechts Israels; Teilnahme an einem Modul zur Antisemitismusprävention und zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland.
- **Gleichberechtigung ohne Abstriche:**
Anerkennung der gleichen Rechte von Frauen und Männern sowie der unteilbaren Menschenwürde jedes Menschen, unabhängig von Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexueller Identität oder einer Behinderung.
- **Gesetzentreue und Respekt vor der freiheitlichen Ordnung:**
Keine Gewalt, keine Hetze, kein Extremismus; Einhaltung der Rechtsordnung ist nicht verhandelbar.
- **Mitwirkung bei Arbeit und Bildung:**
Teilnahme an Beratung, Qualifizierung und Vermittlung; Unterstützung der Bildungswege der Kinder, insbesondere Einhaltung der Schulpflicht.

Genauso klar muss festgehalten werden, was der Staat dafür leisten muss. Die FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen fordert deshalb:

- ausreichende Kursplätze, planbare Starttermine und verlässliche Prüfungsangebote,
- Beratung aus einer Hand, die Ausländerbehörden, Kommunen, Arbeitsmarktintegration und Integrationsangebote sinnvoll verzahnt,
- digitale, datenschutzkonforme Dokumentation von Teilnahme und Fortschritt, damit Verfahren schneller, transparenter und weniger bürokratisch werden,
- praxistaugliche Rahmenbedingungen (z. B. Kinderbetreuung, zumutbare Erreichbarkeit), damit Pflichten erfüllbar sind.

Der Kern dieses Papiers ist die Konsequenz: Wer sich nicht an die Integrationsvereinbarung hält, muss spürbare Folgen tragen. Das gilt nicht bei Krankheit, fehlenden Kurskapazitäten oder anderen nicht zu vertretenden Gründen, aber es gilt bei vorwerfbarer und wiederholter Verweigerung.

Damit Sanktionen rechtssicher sind, müssen sie klar geregelt und rechtsstaatlich abgesichert werden. Diese Rechtsfolgen müssen eindeutig sein und bundesrechtlich abgesichert werden.

Deshalb setzt sich die FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen für eine gesetzliche Verankerung ein, die sicherstellt:

- **Keine Einbürgerung ohne Einhaltung der Integrationsvereinbarung.**
Wer dauerhaft Teil unserer Staatsgemeinschaft werden will, muss Integration nachweisen – nicht nur versprechen.
- **Keine Aufenthaltsverfestigung bei beharrlicher Integrationsverweigerung.**
Wer Pflichten wiederholt und schulhaft missachtet, darf keine auf Integration gestützten Aufenthaltstitel oder Verlängerungen erhalten.
- **Einschränkungen beim Familiennachzug bei beharrlicher Verweigerung – rechtsstaatlich, verhältnismäßig und mit Kindeswohlprüfung.**
Familiennachzug verlangt Integrationsfähigkeit und Verantwortung. Wer diese Verantwortung nachweislich verweigert, kann nicht erwarten, dass dies ohne Folgen bleibt.

Zusätzlich sollen, innerhalb der rechtlichen Grenzen, leistungsrechtliche Konsequenzen geprüft und ermöglicht werden, wenn zumutbare Integrationsmaßnahmen ohne Grund verweigert werden. Für die FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen ist dabei entscheidend: Konsequenzen dürfen nur bei vorwerfbarer Verweigerung greifen, nicht bei mangelnder Begabung oder bloßem Nichtbestehen einer Prüfung.

Nordrhein-Westfalen kann und muss diese Linie aktiv vorantreiben. Wir fordern die Landesregierung auf,

- eine Initiative im Bundesrat für die notwendige bundesrechtliche Absicherung auf den Weg zu bringen,
- die Umsetzung in Nordrhein-Westfalen durch klare Standards, digitale Verfahren und bessere Koordination zwischen Kommunen, Ausländerbehörden und Arbeitsmarktparteien zu unterstützen,
- Integrationsangebote so zu organisieren, dass Pflichten realistisch erfüllbar sind – und Sanktionen im Gegenzug rechtlich unangreifbar.

Unsere Botschaft ist klar: Nordrhein-Westfalen bleibt offen für Menschen, die hier Schutz suchen oder eine neue Perspektive aufbauen wollen. Aber Offenheit ist kein Freifahrtsschein. Wer hier leben will, muss unsere Sprache lernen, die Gleichberechtigung achten, Antisemitismus entschieden ablehnen, Gesetze befolgen und an der eigenen Integration mitarbeiten. Wer das tut, bekommt Unterstützung und Chancen. Wer sich dem dauerhaft entzieht, spürt Konsequenzen. Nur so sichern wir Zusammenhalt, schützen unsere freie Gesellschaft und stärken die vielen, die Integration ernsthaft wollen.

Freie Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**



FOLGE UNS!



@FDPFraktionNRW



@FDPFraktionNRW



@fdplf_nrw



FDPFraktionNRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



FDP-Landtagsfraktion NRW



SCANNE DIESE QR-CODES JETZT EINFACH DIREKT MIT DEINEM SMARTPHONE UND VERNETZE DICH MIT UNS!